



Christian Wulff  
19. Juni 1959, Niedersächsischer  
Ministerpräsident. Geburt, Schul-  
und Universitätsausbildung (Jura)  
in Osnabrück. 1978–1980 Bundes-  
vorsitzender der Schüler Union,  
Karriere in der Jungen Union, seit  
1984 CDU-Landesvorstandsmit-  
glied. 1989–1994 CDU-Fraktions-  
vorsitzender im Rat der Stadt  
Osnabrück. 1990 Rechtsanwalt.  
Seit 1994 Landesvorsitzender der  
CDU Niedersachsen und MdL  
(bis 2003). 2003 Wahl zum  
Ministerpräsidenten in Hannover.

## Christian Wulff

*Ministerpräsident von Niedersachsen*

### „Deutschland in Europa: Chancen nutzen – Aufbruch wagen“

Ich bin schon früh von erfolgreichen Hamburgerinnen und Hamburgern darauf aufmerksam gemacht worden, dass man Hannoveraner nur in Hannover, Kölner nur in Köln sei, Hamburger sei man in der ganzen Welt. Und insofern bin ich mit einer großen Hochachtung nach Hamburg gekommen, das für große Teile unseres Landes das richtige Oberzentrum mit einer sehr erfolgreichen, dynamischen Entwicklung ist. Wir Niedersachsen profitieren stark von Hamburg und hoffen, dass Hamburg immer häufiger auch von Niedersachsen und seinem niedersächsischen Umland profitiert.

Ich möchte heute reden über Deutschland in Europa, Chancen nutzen, und das Motto ist zufälligerweise auch das Motto, mit dem die neue Bundesregierung gestartet ist, ein Motto, das Aufbruch und Optimismus ausdrückt. Vor einigen Jahren hat in Leipzig eine Diskussion stattgefunden, an der einige Hundert junge Menschen teilgenommen haben. Auf dem Podium saßen fünf ältere Herren und haben diskutiert, was alles schlechter geworden ist in Deutschland und was alles nicht mehr geht. Und ein kleines Mädchen von 15 Jahren ist zum Mikrofon gegangen und hat gesagt, ich hätte heute ausschlafen können. Ich habe die Fahrtkosten auf mich genommen. Ich bin hierhergefahren in der Erwartung, hier säßen Leute, die wüssten, wie es geht. Und jetzt erlebe ich Leute, die sagen, warum es nicht mehr geht. Sie sei fleißig, ehrgeizig und wolle wissen, was sie tun müsse, um erfolgreich zu leben und etwas für andere schaffen zu können.

Dies hat den Autor des Buches „Kopf hoch, Deutschland“, Hajo Schumacher, der auf dem Podium saß, zu der Aussage bewegt: Wir müssen die Dinge von der positiven Seite betrachten und das Gejammer durchbrechen. Wenn wir heute Abend den Versuch machen würden, jemanden nach seinem Befinden zu fragen, dann würden viele antworten: „Ich kann nicht klagen.“ Als wenn es eine Verpflichtung zur Klage gäbe und man sich entschuldigen müsste, wenn man nichts zu klagen hat. Ich glaube, dass wir unser Land nur dann wieder nach vorne bringen, wenn wir erkennen, dass wir seit über 60 Jahren in Frieden, in Freiheit und Rechtsstaatlichkeit leben. Seit 16 Jahren wiedervereint in Einheit leben. Und dass Milliarden Menschen dieser Erde alles dafür gäben, wenn sie zumindest zeitweilig in unseren Verhältnissen leben dürften. Wir müssen dieses Bewusstsein wieder haben, dass wir ein großartiges Land mit großartigen Möglichkeiten sind, und auf die Zusammenhänge der Vergangenheit zurückblicken.

Der Genpool existiert noch, von Goethe, von Schiller, all der Aphoristiker und der Autoren, der Philosophen, der Naturwissenschaftler, großer Deutscher bis hin zu Heinrich Heine, und wir müssen nur feststellen, dass wir zu wenig daraus machen und viel vernachlässigt haben: Bildung, Wissenschaft, Forschung, Mut zur Zukunft, zu Neuem. Die Menschen, die Hamburg wieder aufgebaut haben nach dem Zweiten Weltkrieg, hatten nicht so viel Bedenken, sondern haben einfach angepackt. Sie haben aus einer unheimlich schwierigen Situation Großes gemacht, und wenn wir ein wenig von dieser Tatkraft, dieser Eigenini-

tiative wieder entwickeln würden, dann können wir es wahrlich schaffen und optimistisch in die Zukunft blicken.

Auch die Bilanz der neuen Bundesregierung nach gut 100 Tagen Amtszeit ist positiv. Die Wähler haben am Wahltag eben nur die Möglichkeit einer Großen Koalition eröffnet. Wir wissen aber durch die Bundestagswahl ganz gewiss, dass der so leicht hingespochene Satz „Deutschland habe kein Erkenntnisdefizit“, sondern nur ein „Handlungsdefizit“, so offenkundig nie gestimmt hat. Viele Menschen in unserem Land wünschen sich offenkundig, dass es ohne größere Reformen, ohne größere Veränderungen, jedenfalls ohne Veränderungen in diesem Land vorangehen könnte. Seit der Bundestagswahl wissen wir, dass es einen großen Wunsch der Wähler gibt, dass Politik im Konsens und Veränderungen nicht so zügig gemacht werden sollten. Die Stimmung in Deutschland hat sich eindeutig verbessert. Der Geschäftsklimaindex ist auf dem Höchststand seit 1991. Unternehmen bewerten ihre aktuelle Geschäftslage und ihre Aussichten für die nächsten 6 Monate zum dritten Mal in Folge günstiger. Damit scheint sich der Lehrsatz von Ludwig Erhard, dass 50% der Wirtschaft Psychologie sind, abermals zu bestätigen. Die Bürger haben Vertrauen in die Politik und die Große Koalition, was wichtig ist für anstehende Veränderungsprozesse.

Über die Gründe der Popularität der Kanzlerin und der neuen Regierung ist in den letzten Wochen viel diskutiert worden. Der wichtigste Grund ist, dass der ruhige, sachliche und bescheidene Stil Angela Merckels und ihrer Mannschaft bei den Bürgern gut ankommt. Aufgeregtheiten und Inszenierungen, aktionistisches Arbeiten und ständiges Nachbessern gehören nicht gerade zum Wunschcatalog der Bürger. Die Bürgerinnen und Bürger sehnen sich vielmehr nach einem stetigen, beharrlichen, dienenden Arbeitsstil. „Ich will Deutschland dienen.“ Dieser Satz der Bundeskanzlerin steht eher für Stil und Inhalt der Regierung und bildet den Gegenpunkt zu dem merkwürdigen Satz von Heide Simonis, der das ganze Jahr zu dominieren schien: „Was wird denn dann aus mir?“ Stattdessen steht die Frage der Aufbaugeneration nach dem Zweiten Weltkrieg, was wird aus diesem Land, wieder im Mittelpunkt. Wenn sie sich als Politiker den ganzen Tag fragen, was gut für unser Land ist, und vertreten, was sie für gut für unser Land halten, dann werden die Menschen dies honorieren.

Uwe Vorkötter hat in der Berliner Zeitung die Frage gestellt: Macht sich eigentlich Sehnsucht nach Rot-Grün breit? Nicht wirklich. Der große V8-Motor der Großen Koalition läuft offenkundig ruhiger und souveräner als der oft stotternde 2-Takter der rot-grünen Bundesregierung, was insbesondere in der Außenpolitik deutlich wird. Der Vermittlungserfolg beim EU-Gipfel, selbstbewusste Auftritte in Washington und Moskau. Es ist schon spektakulär, sowohl Guantanamo anzusprechen als auch mit Oppositionellen in Moskau zusammenzutreffen und in der französischen Presse als „Die Offenbarung Merkel“ betitelt zu werden. Die Kanzlerin hat in Israel, in London und Warschau einen guten Eindruck hinterlassen mit einer berechenbaren Position, mit einer klaren Linie, die Probleme nicht ausklammert, aber trotzdem keine Enttäuschung hervorruft. Deutschland wäre nicht Deutschland, wenn nicht der Satz von Kurt Tucholsky stimmen würde: „Wenn die Deutschen mal nichts mehr hätten, Bedenken hätten sie immer noch.“ Natürlich gibt es jetzt Bedenken und Kritik in dem Sinne, dass innenpolitisch in 100 Tagen noch nicht so viel passiert sei. Und da ist meine Antwort eindeutig: Es ist auch für die 100 Tage innenpolitisch schon viel passiert, aber es ist natürlich viel zu wenig in Relation zu dem, was alles noch auf den Weg gebracht werden muss. In der Rentenpolitik bedeutet die Anhebung der Regelarbeitsgrenze auf 67 Jahre oder die Einführung von Renten-

kürzungen einen gewaltigen Schritt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass 60 % aller Unternehmen in Deutschland keinen Mitarbeiter über 50 mehr haben und ab 55 auf ein Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess gedrängt wird. Es ist unbegreiflich, was in diesem Bereich an Talenten, an Erfahrungen und Wissen aufgegeben wird. Spektakulär ist, dass ein sogenannter nachholender Nachhaltigkeitsfaktor vereinbart wurde.

Dies bedeutet, dass in den nächsten Jahren die Renten nicht steigen werden, selbst dann nicht, wenn infolge von Lohnsteigerungen die Renten steigen müssten. Vor dem Hintergrund der Inflation hat dies zur Folge, dass die effektiven Renten in den nächsten Jahren sinken werden. Gäbe es bei Managergehältern einen nachholenden Nachhaltigkeitsfaktor, würde dies zu einem Aufstand in weiten Teilen unserer Wirtschaft führen. Friedrich Merz hat auf den Umstand aufmerksam gemacht, dass wir erstmals in der Geschichte unserer Volkswirtschaft mehr Transferleistungsempfänger haben als Beitragszahler mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. 26,2 Millionen Sozialversicherungspflichtige, die Steuern und Abgaben bezahlen, stehen etwa 23,5 Millionen Empfängern von Hartz IV, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und Renten gegenüber. Wenn Sie als Politiker den Fokus auf die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten richten, sind Sie schon tendenziell Minderheitenpolitiker. Dies stellt eine echte Herausforderung dar, weil Demokratie Mehrheiten voraussetzt. Man kann nur mit dem Ergebnis Politik machen, welches am Wahltag erzielt wurde. Vor dem Hintergrund ist das schon beachtlich, was die Große Koalition bisher geleistet hat. Die Föderalismusreform ist auf den Weg gebracht. Damit wird der Bund schneller entscheiden können und häufiger allein entscheiden können, und die Länder haben eigene Zuständigkeiten, sodass es Wettbewerb geben wird über den besten Strafvollzug, Umweltstandards oder das Wirtschaftsrecht. Das wird dann Länder geben, die vorangehen, und es wird andere Länder geben, die nachfolgen wollen.

Wir haben als Norddeutsche Anlass, optimistisch zu sein, weil wir alles das, was die Süddeutschen können, auch können, wenn wir es wollen. Wir können eine Bildungspolitik machen wie Baden-Württemberg und Bayern, wir können eine Mittelstandspolitik machen, eine Infrastrukturpolitik wie Baden-Württemberg und Bayern und können dann genauso erfolgreich sein wie die. Aber dann haben wir darüber hinaus beispielsweise mehr Wind, auch wenn die manchmal in Bayern mehr Wind machen. Aber wir haben mehr Wind, was für regenerative Energien wichtig ist. Wir haben mehr Fläche, was für Biokraftstoffe wichtig ist, und wir haben die Häfen. Die haben in Baden-Württemberg den Bodensee und in Bayern den Chiemsee. Wir haben die Nordsee, und die großen Häfen sind nun mal an der Nordsee und nicht am Chiemsee oder Bodensee. Das ist ein Vorteil für Norddeutschland, und deswegen sollten wir ohnehin unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Also wenn in Baden-Württemberg plakatiert wird: „Wir können alles außer Hochdeutsch“, dann können wir hier bestens plakatierten: „Wir können alles, sogar Hochdeutsch und Plattdeutsch, wenn es darauf ankommt an der A7.“ Manche Äußerungen aus Bayern sind nur mit Nervosität zu erklären, weil die schon gemerkt haben, dass wir Norddeutschen zum Überholen angesetzt haben, und den Atem im Nacken spüren.

Es gibt Veränderungen aus den ersten 100 Regierungstagen, die noch gar nicht in der Öffentlichkeit angekommen sind. Wir haben jetzt im Parlament die Hartz-IV-Gesetze dahin gehend korrigiert, dass ein junger Mensch in Hamburg nicht mehr sagen kann: „Ich bin zu Hause ausgezogen, arbeite gar nicht, bekomme aber nach Hartz IV 660,00 Euro, weil ich eine eigene Bedarfsgemeinschaft bin.“ Diese Regelung bei Hartz IV

ist ein völliger Fehlanreiz für Leistung und Beschäftigung, da ein junger Mensch durch Begründung einer Bedarfsgemeinschaft mehr kriegt, als wenn er zu Hause wohnen bleibt und eine Ausbildungsstelle annimmt. Die Politik wird daran gemessen, wie die Arbeitslosigkeit reduziert werden kann. 1 Million arbeitslose Menschen in Deutschland kosten 20 Milliarden Euro. 5 Millionen Arbeitslose kosten die öffentliche Hand 100 Milliarden Euro. Das kann keine Volkswirtschaft über viele Jahre verkraften. Wir haben uns verständigt, die Lohnzusatzkosten zu senken. Die Arbeitslosenversicherungsbeiträge werden zum 1. Januar um 2% fallen, das macht für Arbeitnehmer mehr Netto vom Brutto, für den Arbeitgeber den Faktor Arbeit günstiger. Wir werden die Familie stärken durch bessere Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, durch ein einkommensabhängiges Elterngeld und andere Maßnahmen.

Es werden die Belastungen des Mittelstandes im Bereich von Statistik, Nachweisdokumentations- und Buchführungspflichten reduziert. Und um noch eines der Beispiele zu nennen aus den letzten Tagen: Wir haben eine große Schenkungs- und Erbschaftssteuerreform nach britischem Vorbild vereinbart. Das war ein Petitum der niedersächsischen Landesregierung, weil wir in den nächsten Jahren Hunderttausende von Betriebsübergängen im Mittelstand haben werden. Und immer häufiger sagen sich die Kinder von Mittelständlern: „Wir wissen genau, warum Selbstständige Selbstständige heißen, weil sie nämlich selbst und ständig arbeiten müssen und das ganze Risiko alleine tragen.“ Daher verzichten Kinder von Selbstständigen zunehmend darauf, den Betrieb der Eltern zu übernehmen. Es ist daher als Signal wichtig, dass derjenige, der den Betrieb fortführt und Arbeits- und Ausbildungsplätze erhält, jedes Jahr 10% weniger Erbschaftssteuern zahlt und nach 10 Jahren Betriebsführung keine Erbschaftsteuer bezahlen muss.

Im Übrigen haben wir Länder dort auf die Erbschaftsteuer verzichtet, weil uns der Mittelstand so wichtig ist. Der Verzicht auf das Aufkommen aus dieser Ländersteuer ist deshalb ungewöhnlich, weil normalerweise in Deutschland nach dem Motto verfahren wird: „Mir ist kein Opfer zu groß, was mein Nachbar für mich bringen kann.“ Ich würde mir für die nächsten Wochen wünschen, dass auch eine Krankenversicherungsreform und eine Reform der Pflegeversicherung auf den Weg gebracht wird. Aber dies bedeutet schon deshalb eine Herkulesaufgabe, weil es zwischen den beiden großen Volksparteien große Unterschiede gibt und sich beide Lager über Jahre gegenseitig auf diesen Feldern auch unterschiedlich eingelassen haben und einlassen mussten. Ich glaube, dass der Schlüssel zum Erfolg bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Arbeitsmarktpolitik, bei der Reform des Arbeits- und Tarifrechts liegt. Aber dort ist natürlich die Gewerkschaft für die SPD so wichtig, wie für die Union die Kirchen wichtig sind, und dort gibt es ganz bestimmte Vorstellungen über die Regelungsdurchdringung des Arbeitsmarktes. Aufgrund der Regelungsdichte im Arbeitsleben trifft der Begriff Arbeitsmarkt genau genommen nicht mehr zu. Wer 40 Stunden in der Metallindustrie arbeiten möchte, wird aufgeklärt, dass er 35 arbeiten darf, aber dafür leider keine Arbeit da ist, mit der Folge, dass er arbeitslos bleibt. Ich selber hatte neulich mal Montag und Dienstag 38 Stunden gearbeitet, Mittwoch begann Ver.di den Streik. Wenn ich nur 38 Stunden arbeiten dürfte, hätte ich bis Sonntag warten müssen, bis ich wieder arbeiten dürfte.

Bei dem Weltwirtschaftsforum sind 181 Industriestaaten untersucht worden hinsichtlich der Regulierung ihres Arbeitsmarktes. Deutschland hat den Platz 179 bekommen, und den drittreguliertesten Arbeitsmarkt der Welt. Und jetzt wird auch noch ein Mindestlohn gefordert nach dem Motto: „Es ist unzulässig, unterhalb dieser Grenze zu arbeiten.“ Wer die

Schule abbricht, keine Qualifikation hat, wer vielleicht noch nicht mal deutsche Sprachkenntnisse hat, der sollte die Möglichkeit haben, für 5,- Euro die Stunde 44 Stunden die Woche zu arbeiten und 1000 Euro im Monat zu verdienen. Wir haben in Niedersachsen einen Betrieb, in dem 200 Leute beschäftigt sind mit einem Verdienst von 5 Euro pro Stunde und 1000 Euro im Monat. Diese gering bezahlte Tätigkeit sichert 500 andere Jobs dieses Unternehmens, das insgesamt wieder in Deutschland produzieren kann. Ein Verbot dieser Beschäftigung hätte zur Folge, dass die 500 Arbeitsplätze nach Osteuropa verlagert werden müssten. Das Problem Deutschlands ist, dass jede Volkswirtschaft in der Welt mehr zusätzliche Beschäftigung akquiriert, bei teilweise geringerem Wachstum als Deutschland. Auch wenn in Amerika die Wirtschaft manchmal auch nur ½ % wächst, führt dies zu einem Anstieg der Beschäftigung. In Deutschland wächst die Beschäftigung erst bei 2% Wachstum, d.h., selbst bei einem Wachstum von in diesem Jahr 1,4-1,9% würde die Beschäftigung nicht wachsen und die Zahl der Arbeitslosen am Jahresende bei 5 Millionen bleiben.

Das kann uns nicht ruhen lassen, sondern wir müssen das Arbeitsrecht flexibilisieren, im Tariffrecht zu mehr betrieblichen Bündnissen für Arbeit kommen, um auch bei geringerem Wachstum zu mehr Beschäftigung zu kommen. Wachstum fällt nicht vom Himmel, sondern entsteht durch mehr Arbeit. Wenn mehr Arbeit entsteht, entsteht mehr Wachstum und dies führt dann auch wieder zu mehr Arbeit.

Lassen Sie mich zu den Erfahrungen mit der Reformpolitik etwas am Beispiel des Landes Niedersachsen sagen. Wir haben in drei Jahren auf den Feldern der Finanzpolitik, der Verwaltungsmodernisierung, bei Schule und Hochschule, Wirtschaft und Arbeit Erhebliches verändert, was von der Bertelsmannstiftung positiv bewertet wurde. Als ich gewählt wurde, hatten wir eine Neuverschuldung von 3 Milliarden Euro in 2002, die mittlerweile auf 1,8 Milliarden gesenkt, d.h., nahezu halbiert wurde. Wir waren unter den 16 Bundesländern auf dem 10. Platz bei der Pro-Kopf-Neuverschuldung und befinden uns jetzt auf dem 5. Platz, unter den alten Ländern sind wir hinter Bayern und Baden-Württemberg auf den 3. Platz vorgerückt. Entsprechend der Weisheit von Cicero haben wir gezeigt, welche große Einnahmequelle in der Sparsamkeit liegt, denn wir haben die Ausgaben nominal in drei Jahren um 5%, real um 10% zurückgeführt. Ein solcher Schritt ist machbar, wenn man sich der Ausgabeseite zuwendet. Man muss sich nicht auf die Einnahmeseite und Steuererhöhungen konzentrieren, wenn man aus finanzpolitischer Not eine Tugend macht und nicht weiter auf Kosten kommender Generationen leben will.

Wir haben im Landtag in Hannover zu Niedersachsen eine Schuldenuhr, es ist die einzige Schuldenuhr, die in einem deutschen Parlament hängt, da alle anderen Parlamente dies abgelehnt haben. Der Blick auf diese Schuldenuhr, die jetzt die Schwelle von 50 Milliarden erreicht hat, sorgt stets für betretene Gesichter bei Schulklassen im Landtag, die zu Recht die Frage stellen: „Wer hat das gemacht? Wer muss das bewältigen?“ Und dann wird den Schülern sehr schnell klar, dass die amtierende Landesregierung das bewältigen muss, ohne dass wir jemals gefragt wurden, ob wir dazu in der Lage sind. Die Niedersächsische Landesregierung stellt sich dieser Aufgabe einer konsequenten Konsolidierung. Sie hatten im Übersee-Club mal Fritz Schäffer, dessen Vortrag mich wirklich mal interessieren würde. Fritz Schäffer, der damalige Finanzminister mit dem Julisturm, der damals gesagt hat: „Lieber Adenauer, wenn du die Bundeswehr einführst, dann müssen die Steuern nicht erhöht und auch keine Schulden gemacht werden. Ich habe etwas Luft gelassen im Haushalt, sodass wir die Einführung der Bundeswehr pro-

blemlos finanzieren können.“ Mit einem solchen Finanzminister wie Fritz Schäffer hätten alle weniger Probleme mit der Finanzpolitik. In Niedersachsen müssen jeden Tag 7 Millionen Euro Zinsen an die Banken für die Schulden meiner Vorgänger und jede Woche 50 Millionen Zinsen gezahlt werden. Aus diesem Grund hat die Landesregierung die Neuverschuldung jedes Jahr drei Jahre lang um 350 Millionen Euro zurückgeführt und wir haben jetzt im nächsten oder übernächsten Jahr wieder einen verfassungsmäßigen Haushalt. Wir haben 2011 einen Haushalt, 2012 ohne neue Schulden und wenn wir dann jedes Jahr 350 Millionen Euro zurückführen, dann haben wir im Jahr 2184 keine Schulden mehr. Jetzt werden einige von Ihnen sagen: „Das ist aber verdammt lange.“ Dazu kann ich zwei Dinge sagen: Zum einen wird nach Untersuchungen jedes neugeborene zweite Mädchen über 100 Jahre alt, sodass deren Nachkommen das Jahr schon erreichen können. Zum anderen ist für einen christlichen Politiker das Jahr 2184 sowieso nicht so lange hin, denn im Himmel zu sitzen und den Hebel umgestellt zu haben ist ja durchaus erfüllend. Aber das wirkliche Problem liegt in der Demokratie, denn Sie brauchen 35mal Mehrheiten für Politiker, die so anständig mit dem Steuergeld umgehen wie wir. Wir müssen daher diesen betretenen Kindergesichtern, die Angst haben vor der Verschuldung, auch ein Signal der Hoffnung und Zuversicht geben, dass es mit verantwortlicher Politik auch wieder besser wird.

Die Regierungskoalition in Niedersachsen hat Tausende zusätzliche Lehrer eingestellt, die Orientierungsstufe abgeschafft, das Abitur nach Klasse 12 eingeführt und andere Veränderungen durchgeführt, sodass wir der guten Hoffnung sind, bei Pisa demnächst ganz weit vorne zu liegen. Wir haben die gesamte Verwaltung modernisiert, die Bezirksregierungen abgeschafft, 7000 Stellen überflüssig gemacht und 119 Behörden abgeschafft. Wir haben 1746 Verwaltungsvorschriften und 65 Gesetze und Verordnungen abgeschafft, obwohl wir ja zusätzliche Regelungen, insbesondere aufgrund europarechtlicher Vorgaben, machen mussten, z.B. ein Werkbahnen- und Seilbahngesetz mussten Sie in Hamburg einführen, obwohl Sie gar keine haben. Obwohl in Niedersachsen vor der Verwaltungsreform das Chaos angedroht wurde, hat keiner bemerkt, dass es die Bezirksregierung seit 1 1/2 Jahren gar nicht mehr gibt und ein Leben ohne Bezirksregierungen möglich ist. Dieser Mut, Dinge zu entscheiden, umzusetzen und durchzustehen, wird honoriert, und das zeigt dann auch ein verändertes Bewusstsein.

Mir ist vor allem wichtig, dass Hamburg und Niedersachsen nicht nur mit der Nordsee, mit Harz und Heide und Watt, sondern mit Hightech, mit Innovation, mit Energie, mit Zukunft verbunden werden. Wir haben einen Vertrag mit den Hochschulen, der ihnen Mittel bis 2010 verlässlich zusichert. Wir haben Studienbeiträge eingeführt, die zu 100% den Hochschulen verbleiben. Wir wollen Spitzenleistungen und profilierte Hochschulen. Gerade die Universität Lüneburg wird sich zu einer wichtigen Ergänzung zur Hamburger Hochschullandschaft entwickeln auf der Grundlage des Bologna-Prozesses mit Bachelor-, Master-Abschlüssen und einer fusionierten Hochschule. Niedersachsen hat erste Erfolge auf dem Arbeitsmarkt. Vor dem Regierungswechsel 2003 lag Niedersachsen auf Platz 9, jetzt sind wir auf Platz 7. Wir wollen natürlich unter die ersten 5 kommen, was nur mit mehr Beschäftigungspotenzialen erreicht werden kann, nicht nur für Techniker, Ingenieure oder Naturwissenschaftler, sondern vor allem auch für einfache Tätigkeiten im Niedriglohnbereich! Die Niedersächsische Landesregierung hat sich an Hamburg orientiert im Bereich des Kombilohns. Von allen Kombilohnmodellen, die in Deutschland diskutiert werden, gibt es nur ein wirklich erfolgreiches, das Hamburger Modell von Herrn Senator Uldahl hier in

Hamburg. Da werden 7000 Menschen gefördert, individuell mit wenig Aufwand, aber die meisten werden in den ersten Arbeitsmarkt integriert. Ein solch einfaches Modell, das Arbeitslose und Unternehmen nicht überfordert, sondern funktioniert, werden wir ab 1. Juli auch in Niedersachsen einführen für begrenzte Zeit, für bestimmte Zielgruppen, individuell und dezentral angelegt. Die wirtschaftliche Lage in Hamburg und Niedersachsen verbessert sich gerade auch im Verhältnis zu anderen Bundesländern. Der Anteil der Menschen, die bei uns zuversichtlich in die Zukunft schaut, ist um 19% in den letzten drei Jahren gestiegen, was ein wichtiger Indikator für Zufriedenheit und einen Wohlfühlfaktor ist. Das Land mit dem höchsten Wohlfühlfaktor ist Baden-Württemberg, das auch das erfolgreichste Land mit der geringsten Arbeitslosigkeit und den meisten Selbstständigen ist. Sie haben Marie von Ebner-Eschenbach zitiert. Da gibt es doch das schöne Zitat: „Müde macht nur die Arbeit, die man liegen lässt, und nicht die, die man ableistet.“

Da ist viel dran. Und wer viel arbeitet, lebt auch in der Regel länger, und wer ehrenamtlich tätig ist, lebt dann noch länger. Es gibt eine Studie aus Amerika, dass Ehrenamtliche im Durchschnitt länger leben als die, die es nicht machen. Also alle Mitglieder des Übersee-Clubs haben die Aussicht, länger zu leben als andere, weil sie sich interessieren. Die höchste Form der Selbstverwirklichung ist eben nicht, zu Hause zu sitzen mit der Fernsteuerung und der Flasche Bier in der Hand und durch die Programme zu zappen, sondern sich auch mal einen Vortrag anzuhören und mit anderen etwas gemeinsam zu machen. Und das machen wir jetzt zwischen Niedersachsen und Hamburg. Viele der gemeinsamen Themen, die vorhin von Ihnen angesprochen wurden, werden jetzt abgehandelt. Denn ohne was zur Elbvertiefung in Hamburg zu sagen, kommt man nicht durch die Kurve. Die Beziehungen zwischen Niedersachsen und Hamburg funktionieren so gut wie eigentlich überhaupt noch nie. Und das hat im Wesentlichen mit Ihrem Regierenden Bürgermeister zu tun, mit Ole von Beust, der so auf gleicher Augenhöhe mit den niedersächsischen Nachbarn kooperiert, nicht nur mit mir, wo ich das noch verstehen könnte, sondern auch mit den Landräten von Harburg, Cuxhaven, Stade, mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Ich stehe mit einem Bürgermeister in direktem Wettbewerb, nicht nur um die Sympathie der Hamburger, die gehört ohnehin Ole von Beust, sondern auch in direkter Konkurrenz der Niedersachsen, die im Umland von Hamburg leben und arbeiten.

Die Kernstadt Hamburg hat eine immense Ausstrahlungskraft als internationales Finanz- und Dienstleistungszentrum mit dem zweitgrößten Containerhafen Europas. Wir haben in den wenigen Jahren, die ich mit Ole von Beust zusammenarbeiten darf, erreicht, dass der Hamburger Verkehrsverbund jetzt auch Harburg, Stade und Lüneburg umfasst. Künftig gibt es nur noch einen Fahrschein für 84.000 Pendler, eine erhebliche Erleichterung. Die S-Bahn-Verlängerung von Hamburg nach Neugraben über Buxtehude bis nach Stade wird im nächsten Jahr abgeschlossen und dann im 20-Minuten-Takt eine nachhaltige Verbindung ermöglichen. Niedersachsen lässt sich das knapp 100 Millionen Euro kosten, Hamburg ist mit 21 Millionen Euro dabei. Wir werden den Elbtunnel privat finanziert schaffen, wenn dieser nicht im Niemandsland endet, sondern über die Küstenautobahn A 22 weitergeführt wird zum Wesertunnel, der ja bereits fertiggestellt ist. Und das erste Mal in der Geschichte Deutschlands ist eine Vereinbarung, eine Public-Private-Partnership gelungen, wonach die Kommunen, private Unternehmen und das Land gemeinsam die Planung finanzieren, um den Druck auf den Verkehrsminister Tiefensee zu erhöhen. Wir werden auch den Hamburger Hafen ausbauen, und ich bin froh, dass wir das Bewusstsein

schärfen, dass der Hamburger Hafen nach VW der größte Arbeitgeber für Niedersachsen ist. Er ist die Hauptverkehrs- und die Lebensader Norddeutschlands. Bei der Elbvertiefung müssen natürlich Deichsicherheit und Ökologie berücksichtigt werden, was Voraussetzung für eine Zustimmung Niedersachsens ist. Niedersachsen spricht sich nicht nur für eine Kooperation der norddeutschen Häfen, sondern auch für ein verstärktes Zusammenwirken aller norddeutschen Bundesländer bei hafenspolitischen Interessen aus. Ich habe sofort dafür plädiert, dass die Deutsche Bahn sich stärker nach Hamburg orientiert, was manche verwundert hat, da solche Bundesunternehmen auch in die Länder und in die Fläche gehören, vor allem dahin, wo Kompetenz und Bereitschaft für Veränderungen vorhanden sind. Und hier ist die Kompetenz für Distribution und Logistik, hier finden die Veränderungsprozesse statt und sind Aufgeschlossenheit und Wachstumsraten gegeben. Osteuropa, die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion sind wichtige Handelspartner und gerade die Osterweiterung gibt uns über den Seehandel extreme Chancen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema heißt ja „Chancen nutzen – Aufbruch wagen“. Wir haben keine Randlage wie Griechenland und Portugal. Wir haben keine Insellage wie Großbritannien oder Irland. Sondern wir haben die zentrale Mittellage in Europa. Alles geht über uns hinweg, an uns vorbei oder bei uns hindurch. Dieses Gefühl mittendrin und voll daneben, das hat mancher Deutsche inzwischen, aber wir sind mittendrin und voll dabei, wenn wir es richtig machen. Wir können an diesen Entwicklungen stark partizipieren und davon profitieren. Wir sind überhaupt ein gigantischer Markt mit 82 Millionen Menschen. Wer sich hier durchsetzt, kann sich auch anderswo durchsetzen, und wer sich anderswo allein durchsetzt, wird insgesamt nicht den Erfolg haben, den er sich verspricht. Die Globalisierung geht über Verkehrsverbindungen, über die Lebensadern der Wirtschaft, wobei die Häfen dabei Katalysatoren sind und Unternehmen anziehen, die ohne Hafenanbindung nicht kämen. Deswegen liegt uns an der Entwicklung des Seeverkehrs und der Häfen als Jobmotoren für die regionalwirtschaftliche und strukturpolitische Bedeutung. Niedersachsen hat die Schifffahrtsverwaltung des Landes in eine private GmbH & Co. KG überführt, was Hamburg in einem ähnlichen Verfahren längst gemacht hat. Wir stehen jetzt nicht mehr gegeneinander wie seit Jahrzehnten, sondern Hamburg und Niedersachsen machen die Entwicklung jetzt miteinander. In Nordeuropa ist die Zuwachsrate im Containerverkehr zwischen 12 und 16%, d.h., in Hamburg, Bremerhaven und Rotterdam kann auch Wilhelmshaven ohne Verdrängungswettbewerb gut verkraftet werden. Wir bauen Wilhelmshaven bis 2010. Es ist unser ehrgeizigstes Projekt, im Jahr 2009 den Jade-Weserport zu bekommen, und wir wissen, dass wir von dieser Entwicklung gemeinsam etwas haben werden.

Mir liegt daran, dass wir in Norddeutschland die Chancen wirklich erkennen und uns nicht von unserem gemeinsamen Weg abbringen lassen. Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Bei der Airbus-Industrie hier in Hamburg steht im Foyer eine Büste von Franz Josef Strauß. Auf meine Nachfrage wurde mir gesagt, dass der Betriebsrat die Büste vorgeschlagen habe, weil die Belegschaft wisse, dass sie Franz Josef Strauß die Beschäftigung bei Airbus zu verdanken habe. Franz Josef Strauß hat damals erkannt, dass die Welt zusammenwächst und die Mobilität der Menschen stark zunehmen wird. Strauß hat die Strategie entwickelt, den Amerikanern und Boeing etwas entgegenzusetzen, ein Gemeinschaftsprojekt von Deutschland, Spanien, Großbritannien und Frankreich. Und heute sind Toulouse und Hamburg die beiden Luftfahrtzentren Europas mit 20.000 Beschäftigten in der Luftfahrtindustrie in Norddeutschland,

in Hamburg und Niedersachsen und Bremen und Ausstrahlungswirkung für viele Branchen.

Airbus ist zu einer strategischen Schlüsselindustrie geworden. Man sagt in den Vereinigten Staaten, wenn es der Luftfahrtindustrie gut geht, geht es auch der Wirtschaft gut. Die zivile Luftfahrt in Hamburg, Bremen, Nordenham, Stade, Varel und Buxtehude hat 20.000 Mitarbeiter, von denen 12.000 ihren Wohnsitz in Niedersachsen haben. Der A 380 ist ein Flaggschiff, von dem wir vor Jahren glaubten, der fliegt gar nicht. Aus diesem Grund war es für mich faszinierend, den A 380 über Hamburg fliegen zu sehen. Die Hamburger können stolz darauf sein, dass die Verlängerung von Start- und Landebahn durchgesetzt wurde. Niedersachsen hat Ersatzflächen bereitgestellt, sodass ein norddeutsches Projekt entstanden ist. Es wird nunmehr das größte Passagierflugzeug der Welt mit Erfolg, mit Gewinn, mit neuester Technologie gebaut und aus Stade werden die Kohlefaserverbundwerkstoffe zugeliefert. Inzwischen sind 50 Firmen aus der ganzen Welt an dem Projekt beteiligt und das 40. Mitgliedsunternehmen ist Volkswagen und die erste Firma in diesem Valley, die nicht aus dem Bereich der Luftfahrt kommt, aber in den letzten Jahren viel durch die Gegend geflogen ist, wie Sie gerade gelesen haben. Ich setze mich auch für die Transrapid-Technologie ein, die ein Niedersachse, Hermann Kämper, erfunden und als Patent angemeldet und schon in den 20er-Jahren entwickelt hat. Mühe wird auf Dauer von Erfolg gekrönt. Es ist einfach ein tolles Verkehrsmittel, eine echte Alternative zum innereuropäischen Flugverkehr, weil es nicht mal die Landschaft durchschneidet. Der ICE durchschneidet die Landschaft, die Wildschweine müssen sich neue Wege suchen und viele sind im Elbe-seitenkanal ertrunken damals, als der fertiggestellt war, während beim Transrapid alle drunter durchlaufen können. Sinnvoll wäre eine europäische Verbindung von den Niederlanden über Deutschland, also über Groningen, Oldenburg, Bremen, Hamburg Richtung Osteuropa. Bei diesem Projekt dürfen wir nicht zaudern, sondern sollten uns für eine solche grenzüberschreitende Strecke einsetzen. Ole von Beust, Herr Ringsdorff, Herr Carstensen und Herr Börnsen aus Bremen und ich haben jetzt Frau Merkel und den Bundesministern Tiefensee, Schavan und Glos geschrieben. Wir wollen diese norddeutsche Strecke, wir wollen sie planen. Wir wollen den Holländern ein Zeichen geben, dass wir diese Verbindung befürworten, und dann wollen die Holländer vielleicht auch.

Jedenfalls werden wir schneller den Transrapid haben als den Nordstaat. Ein Land von Holland bis nach Polen ist einfach ein zu großes Land und schwer regierbar, zumal es Traditionen, gewachsene Identitäten, unterschiedliche Geschichten und Selbstverständnisse gibt. Wir feiern gerade 60 Jahre Niedersachsen, da muss ich den ganzen Tag Rücksicht nehmen auf die Friesen und die Ostfriesen, die Oldenburger, die Braunschweiger, Lüneburg. Neben Monaco ist auch zu beachten, dass wir ja auch über 100 Jahre Thronführer in Großbritannien waren. Und der große Ökonom Friedrich August von Hayek hat gesagt, dass erfolgreiche Gesellschaften die Familie, Tradition, Wettbewerb, Aufrichtigkeit und Eigentum hochhalten. Aber er hat auch gesagt, so paradox es klingen mag, eine erfolgreiche Gesellschaft wird immer in einem hohen Maß eine traditionsgebundene Gesellschaft sein und deswegen darf man über regionale Identitäten und Profile nicht einfach hinwegsehen. Wir führen in dieser Frage eine Diskussion, die enorm viel Kraft kostet und am Ende einfach Zeit braucht.

Und wenn Schleswig-Holstein und Hamburg zusammenwachsen und wir irgendwann mal in die Gefahr kommen könnten, Bremen übernehmen zu müssen, dann wäre das ja schon eine ganze Menge. Aber wenn der Größere sagt, dass er den Kleineren aufnehmen würde, dann ist die

Sache zum Scheitern verurteilt. Wir könnten es auch gar nicht bezahlen. Wir wollen einfach zusammenwachsen, und wie wir zusammenwachsen wollen, das haben wir gezeigt, als wir aus der bilateralen Partnerschaft Hamburg Niedersachsen, Hamburg Schleswig-Holstein eine trilaterale gemacht und einen Staatsvertrag für die Metropolregion Hamburg abgeschlossen haben. Von besonderer Bedeutung ist dabei eine gemeinsame Internationalisierungsstrategie. Als ich in Japan im letzten Jahr gezeigt habe, wo Niedersachsen liegt, da hat mein Finger, auch wenn ich die Erlaubnis von Ole von Beust nicht hatte, immer auch auf Hamburg und Bremen gezeigt. In Japan oder China interessiert sich auf der Weltkugel keiner für die Landesgrenzen zwischen Hamburg, Bremen und Niedersachsen. Vielmehr wird die Küstenregion Norddeutschland als Einheit wahrgenommen. Deshalb setzen wir jetzt auf gemeinsame Marketing- und Tourismuskonzepte. Vom Grundsatz her sind wir hier eine Region, ein Wirtschaftsraum und wir machen jetzt ein regionales Wachstumskonzept mit namhaften Unternehmen in den Branchen Logistik, Maschinen- und Fahrzeugbau, Chemie, Ernährung, maritime Wirtschaft als Wachstumskorporation mit gemeinsamer Ansiedlungspolitik und dazugehörigem Flächenmanagement.

Von Gustav Stresemann stammt ja der Satz „Europa ist nicht ein Gebilde, das für sich leben könnte, Europa ist nur möglich innerhalb der Weltwirtschaft“. Deswegen ist Ihr Thema gut gewählt „Chancen nutzen – Aufbruch wagen“. Das gilt nämlich gerade für uns in Europa als dem Kontinent, der nach dem Lissabon-Prozess der wachstumsstärkste Kontinent der Welt werden möchte, aber weiter denn je davon entfernt ist. Denn wenn wir weiter eine bürokratisierte Politik machen, dass wir hier den höchsten Umwelt- und Verbraucherschutz haben, aber das Wachstum in Amerika und Asien stattfindet, dann wird das nichts werden mit dem Lissabon-Prozess. Und deswegen müssen wir das Signal von einer wachsenden Wirtschaft in Hamburg, einer dynamischen Volkswirtschaft in Niedersachsen, einer Aufbruchstimmung in Deutschland auch auf Europa übertragen und sagen: Nehmt das Scheitern der Referenden in Frankreich und den Niederlanden ernst, weil die Menschen sich von Europa entfernen und die Begeisterung für Europa verlieren, wenn ihr nicht in Europa die Belange von Wirtschaft, wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und entschlossener Reformpolitik ernster nehmt. Wir haben hier in Hamburg streikende Hafentarbeiter gehabt, als es um die Port-Package-Richtlinie ging. Wir haben Probleme in der energieintensiven Chemie-Industrie, die in Hamburg und in Niedersachsen an der Küste stark vertreten ist. Wir müssen deren Belange sehr viel ernster nehmen. Wenn Aluminium, North Hydro aus Hamburg weggeht, wenn die Zink-Industrie aus Nordenham weggehen will, wenn mir der Weltvorsitzende des Zinkverbandes, Herr Saltumvida aus Spanien, sagt: „Herr Wulff, weil Sie so ein wirtschaftsfreundliches Klima schaffen, für jeden immer greifbar und ansprechbar sind per Handy, würden wir gern die Zahl der Arbeitsplätze verdoppeln, denn Deutschland ist Zinkimporteur, aber wenn die Energiepreise 30% teurer sind als in Frankreich oder Italien, dann können wir nicht in Deutschland bleiben.“ Und jetzt wird gesagt: „Wenn ihr 30% günstiger seid, dann verdoppeln wir die Arbeitsplätze in Nordenham, und wenn ihr 30% teurer bleibt, dann schließen wir die Produktion in Nordenham.“

Dies muss ein Signal an die deutsche Politik sein, eine verlässliche Energiepolitik mit einem Energiemix zu betreiben, mutige Vorsorge zu betreiben und dafür zu sorgen, dass Wachstum hier möglich ist und nicht ins Ausland innerhalb oder außerhalb Europas abwandert. Deswegen setzen wir norddeutschen Länder, jedenfalls Ole von Beust und ich, uns ein für eine andere Chemikalienpolitik, eine andere Dienstleistungs-

richtlinie und für eine wachstumsorientierte Reformpolitik in Europa statt eines überbordenden Brüsseler Regelungswerkes. Je weniger Regulierung, umso besser für unsere Volkswirtschaft, sonst wird die hohe Arbeitslosigkeit nicht zu bekämpfen sein in unserem Land. Ich freue mich, dass Angela Merkel sich in Europa in diesem Sinne auch einsetzt, dass wir nächstes Jahr die Ratspräsidentschaft in Europa haben und für so etwas eintreten können und dass wir für eine berechenbare Politik auch der Erweiterung eintreten und es bei Rumänien und Bulgarien erstmal bewenden lassen und dann mal wieder etwas mehr fragen nach der Aufnahmefähigkeit Europas, damit wir uns dort nicht überfordern. Aber Europa, das soll der Schluss meiner Ausführungen sein, ist gewiss nicht der Grund für unsere ökonomischen Probleme, sondern ohne Europa sähe alles sehr viel schwieriger und schlimmer aus.

Europa ist Teil der Lösung unserer Probleme und nicht Teil des Problems. Die Probleme, die Deutschland mit 5 Millionen Arbeitslosen hat, liegen in einem Entwicklungsrückstand besonders unterlassener Reformvorhaben bei der Bürokratie, im staatlichen Sektor, beim Arbeitsmarkt, beim Tarifrecht, bei den Lohnzusatzkosten. Das sind die Fragen, die hier zur Lösung anstehen. Europa wird uns eine besondere Chance geben, den Niedersachsen um Hamburg herum, denn es ist uns gelungen, dass die ostdeutschen Länder ja Ziel 1 Gebiet in der europäischen Förderkulisse sind und ein einziges Gebiet in Westdeutschland Ziel 1 Gebiet geworden ist, nämlich die Region des ehemaligen Regierungsbezirks Lüneburg. Wir werden 900 Millionen Euro etwa in den nächsten 6 Jahren in diese Region an europäischen Fördergeldern leiten können, und wir werden sie sehr gezielt so einsetzen, dass es nicht zur Verlagerung eines Arbeitsplatzes von anderswo hierhin kommt, das wäre völliger Unsinn. Die neuen Modalitäten auf europäischer Ebene weg von einer gebietsbezogenen Förderung hin zu einer thematischen Förderung passen genau in unser norddeutsches Konzept. Wir müssen hier Cluster schaffen um Universität und Fachhochschulen herum, in Bereichen mittelständischer und großer Unternehmen, die dieser Region in Europa, in der Welt auch in der Zukunft eine große Chance geben. Ich hoffe, Ihnen ist deutlich geworden, dass wir unzählige Chancen haben und damit viel Anlass zum Aufbruch, dass wir mit Hamburg und Niedersachsen mitten in Europa liegen und uns jetzt einfach beherzt daranmachen sollen.

Theodor Fontane hat gesagt: „Leidenschaft ist immer siegreich“ und das wissen wir auch aus dem privaten zwischenmenschlichen Bereich. Vielleicht sollten wir auch ein bisschen mehr die Leidenschaft in die Fragen des Staates, unserer Gesellschaft einführen und einfach den Aufbruch wagen. Ich bedanke mich bei Ihnen – auch wenn einige einen schlechten Blick dahinten haben – für die unendliche Aufmerksamkeit und freue mich, dass wir Hamburger und Niedersachsen eng zusammenwachsen unter Beachtung unserer jeweiligen landestypischen Gewohnheiten und Überzeugungen und unseres jeweiligen hanseatischen oder niedersächsischen Selbstbewusstseins. Sie sind bei uns immer willkommen. Wir wissen, was wir an Ihnen haben. Ihnen ist hoffentlich deutlich geworden, dass Sie in mir einen wirklichen Freund Hamburgs haben.

Herzlichen Dank! ■